

EZB in der Vertrauenskrise?

Das kürzlich verkündete Maßnahmenpaket kam für viele Experten unerwartet. Stürzt die Kritik die EZB in eine Vertrauenskrise?

„Whatever it takes“ war im Jahr 2012 Mario Draghis Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen die EZB zur Stabilisierung des Euro ergreifen würde. Dass dieser Leitspruch auch vier Jahre später weiterhin Gültigkeit für den geldpolitischen Kurs der EZB hat, beweist das jüngst angekündigte neue Maßnahmenpaket. Abermals wurden Zinssenkungen beschlossen: Der Leitzins für Kredite wurde auf null gesetzt, sodass Banken nun kostenlos bei der EZB Geld leihen können. Weiterhin entschied man eine Anhebung des Strafzinses für Einlagen bei der EZB auf 0,4 Prozent. Begleitet werden diese Zinsentscheidungen von einer Ausweitung des Anleihenkaufprogramms auf einen monatlichen Umfang von 80 Mrd. sowie von einem neuen langfristig orientierten Refinanzierungsgeschäft, welches den Banken angeboten wird.



Quelle: International Monetary Fund

Die EZB antwortet damit auf eine sinkende Inflation von minus 0,2 Prozent im März und möchte die Eurozone vor einer Deflation und deren Folgen für die Realwirtschaft bewahren. Käme es zu einer Deflationsspirale, hielten sich die ohnehin schon vorsichtigen Konsumenten weiterhin

zurück, um von den künftig noch niedrigeren Preisen profitieren zu können, sodass sich Verluste bei den Unternehmen ergäben. Letztendlich entstünde demnach eine Gefahr für viele Arbeitsplätze.

Für Jubel dürfte die EZB-Verkündung an der Börse gesorgt haben: Der DAX schoss, wenn auch kurzweilig, um 2,5 Prozent in die Höhe. Nichtsdestotrotz hagelte es, vor allem aus Deutschland, offen Kritik an der unerwartet drastischen Fortführung der bisherigen Geldpolitik der EZB. Viele Stimmen betonten zuerst ihre Überraschung und gingen dann zur konsequenten öffentlichen Äußerung ihres Unmuts über. Keine unerwartete Reaktion auf den Beschluss von unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen seitens der EZB. Eine neue Entwicklung ist allerdings, dass sich nun auch namhafte deutsche Wirtschaftsexperten von Draghis Vorgehensweise distanzieren und diese öffentlich verurteilen, darunter diverse Wirtschaftsweisen.

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 04. bis zum 10. April

Diskussion um Steueroasen

Montag, 04. April - Nach der Veröffentlichung der Panama Papers, melden sich einige Personen von öffentlichem Interesse zu Wort und machen den Versuch einer Erklärung der eigenen Verwicklung in von der Kanzlei Mossack Fonseca aufgesetzten steuergünstigen Offshore-Firmen in Panama. Auch der britische Premierminister, David Cameron, rechtfertigt die Haltung von Anteilen an einem Fonds. In Konsequenz entwickelt sich vor allem in Großbritannien eine öffentliche Diskussion um die Existenz von Steueroasen. Viele davon gehören zum Commonwealth, sodass Großbritannien beträchtlichen Einfluss ausüben könne, um die Steuerumgehungen zu erschweren, so die britische Zeitung The Guardian.

Puerto Rico ruft Finanznotstand aus

Samstag, 09. April - Bei einem Stand von 62 Mrd. Dollar Schulden zieht Puerto Rico die Notbremse und stellt nur noch die wichtigsten staatlichen Leistungen bereit. Das Land hat zunehmend Probleme sich mit Liquidität zu versorgen und verhandelt nun mit Gläubigern., schreibt Zeit Online.

Die Frankfurter Allgemeine zitiert in diesem Zusammenhang einen sonst der expansiven Geldpolitik zugetanen Peter Bofinger, mit den Worten: „Draghi hat überzogen.“

In hohem Maße bezweifelt wird vorrangig die von der EZB prognostizierte Wirkung der Maßnahmen vor dem Hintergrund vorheriger Anstrengungen gleicher Natur. Niedrigzinspolitik und Anleihenkaufprogramme sind keine neue Strategie und wurden von der EZB schon in weitreichender Erprobung als Stabilisierungsinstrumente für die Eurozone verwendet. Jedoch wurde durch ihr Einsetzen das Inflationsziel der EZB nicht erreicht, sodass vielen Experten eine Ausweitung als widersinnig erscheint.

Weiterhin wird befürchtet, dass sich Banken im Zuge des nicht abreißenden Zuflusses an Liquidität zu risikoreicheren Geschäften hinreißen lassen. Letztendlich könnte sich dieses Risiko systemisch vererben und den Bankensektor destabilisieren, so der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer. Dem sollte durch zunehmende Regulierung des Finanzsektors nach der jüngsten systemischen Krise allerdings gerade entgegengewirkt werden. Auch Volker Wieland, Wirtschaftsweiser und Professor für Geldpolitik an der Goethe-Universität, verweist gegenüber der Tagesschau auf die höher notierte, kaum schwankende Kerninflation, welche die momentan instabilen Energiepreise nicht berücksichtigt und sieht in einer zunehmenden Lockerung den falschen Weg.

An der bisweilen geäußerten Kritik entzündet sich eine teils politische Debatte. Massive Zweifel an der zielführenden Erfüllung des Mandats der EZB werden nun in die breite Öffentlichkeit getragen und haben Potential, sich zu einer Vertrauenskrise gegenüber des Eurosystems auszuweiten. Dies dürfte den Spielraum der Zentralbank bezüglich weiterer Maßnahmen deutlich einschränken. Ein erstes Indiz für einen Vertrauensverlust, lässt sich laut dem Economist in der schnellen Erholung der Bewertung des Euro erkennen, welche unmittelbar auf die ursprüngliche kurzfristige Währungsabwertung nach Draghis Ankündigung folgte.

Hintergrund | Europäische Geldpolitik

>> [Strategie der EZB \(englisch\)](#)

Brasilien in der Krise

Sonntag, 10. April - Vor dem Hintergrund eines ausgewachsenen Geldwäsche-Skandals um das weltweit agierende Öl-Unternehmen Petrobras, erholt sich die brasilianische Wirtschaft nicht. Die Frankfurter Allgemeine rechnet mit einem Verlust an BIP von 3, 5 Prozent gegenüber dem bereits krisengeschüttelten Vorjahr 2015.

Die Preise steigen im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent, während der Real seit 2011 nahezu die Hälfte seines Wertes verliert

Zahl der Woche

1,7%

Obergrenze des Korridors der prognostizierten Wachstumsrate des BIP für die nächsten vier Jahre laut Deutsche Bank Research